

Grundstein

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN BAUGEWERKSBUDES

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, und Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, für Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzo-Arbeiter

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund, Berlin SW 68, Friedrichstraße 5-6. Fernsprecher: A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postscheckkonto: Berlin Nummer 65232. Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis je Monat 1.— Mark (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Redaktionsschluss Sonnabend früh. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A-G., Depositenkasse Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Deutscher Bauwerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 48

NUMMER 26

BERLIN DEN 1. Juli 1933

46. JAHRGANG

Ohne den deutschen Arbeiter kein deutsches Vaterland!

Von Hans Biallas

So manches Mal wurde dem Nationalsozialismus seitens eines unverständigen „Bürgertums“ der Vorwurf gemacht, daß er für seine Organisation den Namen „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ gewählt habe. Das waren jene Kreise, die sich in überheblichem Dünkel nicht mit „Arbeitern“ auf eine Stufe stellen wollten, die glaubten, auf Grund ihrer „Bildung“, ihrer „Geburt“ oder auch ihres „Standes“, vor allem aber vermöge ihres Geldbeutels etwas Besseres zu sein.

Der Nationalsozialismus hat nie danach gefragt, was diese hoffnungslos in Ständedünkel Befangenen davon hielten, sondern hat sich unbüßert seiner Hauptaufgabe gewidmet: Den deutschen Arbeiter vom internationalen Proletariat zum deutschen Arbeitertum emporzuheben.

Heute sind die „bürgerlichen“ Schreier verstummt. Auch sie haben zum großen Teil erkannt, daß die Bezeichnung Arbeiter ein Ehrentitel ist. Ein Ehrentitel für jeden Volksgenossen, der mit seiner Hände Arbeit oder im geistigen Schaffen Werte erzeugt — zum Wohle des ganzen Volkes — und der ihn unterscheidet von den Nicht-Arbeitern den Schmarotzern am Volke und seinem Vermöge den Ausbeutern und Raffern. Die Unbelehrbaren und die böswilligen Schlingel schweigen aus Furcht. Niemals wieder wird geduldet werden, daß sie mit ihren zersetzenden liberalistischen Theorien des Eigennutzes und der Ueberheblichkeit an die Öffentlichkeit treten. Der Nationalsozialismus wird alles daransetzen, diese Lehren, die ihn gerüttelt Maß Schuld an der Zersplitterung des deutschen Volkes tragen, für alle Zeiten auszurotten.

Ihre Parallele, die marxistische Theorie, ist gleichfalls zusammengebrochen. Trotz jahrzehntelanger Wühl- und Hetzarbeit der marxistischen Volkerverführer ist es ihnen nicht gelungen, den gesunden Sinn der deutschen Arbeiterschaft für alle Zeiten zu unterdrücken. Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus zerstoßen die verlogenen Traumgebilde einer „internationalen Solidarität“ in alle Winde. Mit dem kläglich Abtreten der marxistischen Führerclique wurde der deutschen Arbeiterschaft der Weg zum Vaterlande wieder frei. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, daß der Arbeiter zum Volk gehört, und daß die Nation ohne die Mitarbeit der Arbeiterschaft nicht bestehen kann.

Die Ereignisse in Genf dürften auch dem letzten deutschen Arbeiter, der sich noch von der Ideologie der „internationalen“ umgarnen ließ, die Augen geöffnet haben. Bei den Vertretern der französischen, belgischen oder englischen Arbeiterschaft wurde es stets als eine Selbstverständlichkeit hingenommen, daß sie sich für die Interessen ihres Volkes einsetzen, daß sie sich für die Nation, dann erst die „internationalen“ kam. Der deutschen Arbeiterschaft, die immer treu und brav an das Bestehen einer „internationalen Solidarität“ glaubte, hat man es jedoch aufs schwerste verübelt, daß sie sich jetzt auch zu ihrem Volke bekennt. Da enthielte sich die wahre Fratze jener „Solidarität“, als die deutschen Arbeiter keine international-pazifistischen Schwärmer, sondern deutsche Arbeiterführer nach Genf entsandten, die keinen anderen Wunsch haben, als ihrem Volke zu dienen. Es zeigte sich, daß es den Marxisten aller Länder nicht um das Wohl der deutschen Arbeiter geht, sondern daß sie immer bestrebt waren — und bisher mit Erfolg —, auf dem Rücken der ehrlichen, vertrauenden deutschen Arbeiterschaft das Beste für sich zu erobieren. Der Marxismus bewies wieder einmal, daß es ihm nicht um die deutschen Arbeiter geht, sondern darum, sie als die Kulis der ganzen Welt zu erhalten, zu denen das deutsche schaffende Volk durch die verbrecherische Revolte von 1918 gemacht wurde.

Darum die maßlose Wut des internationalen

Marxismus über die Befreiung der deutschen Gewerkschaften von den marxistischen Führern. Darum die Beschimpfung der deutschen Arbeitervertreter in Genf, wodurch die marxistischen Vertreter ihre Enttäuschung über das für sie so unangenehme Erwachen der deutschen Arbeiter, vor allem der Gewerkschaftler aller Richtungen, zu verbergen suchten.

Wir begrüßen die mannhafte Haltung der deutschen Arbeitervertreter in Genf. Die Welt soll wissen:

Deutsche Arbeiterführer sind heute nicht mehr die Wortführer einer sagenhaften „Internationalität“, sondern repräsentieren die deutsche Nation. Wenn die Vertreter der erwachten deutschen Arbeiterschaft reden, dann sprechen sie für Deutschland, ihre Taten kennen nur ein Ziel: Deutschland.

Denn das dringen wir: Der deutsche Arbeiter hat nur ein Vaterland — Deutschland, und ohne den deutschen Arbeiter gibt es kein deutsches Vaterland!

Fachausschüsse

Der Gedanke, sich auch mit den fachtechnischen Angelegenheiten des Baugewerbes zu beschäftigen und zu dem Zwecke besondere Ausschüsse einzusetzen, ist schon recht alt. Zunächst waren es die Bauarbeiterschuttkommissionen, denen die Aufgabe gestellt wurde, den Gerüstbau zu überwachen. In der Praxis wurde jedoch auch manches Mal gleichzeitig die Baustelle mit überwacht und manchem „Baulöwen“ das Handwerk gelegt, der die anerkannten Regeln der Baukunst allzusehr außer acht lassen wollte. Im wesentlichen waren die Bauarbeiterschuttkommissionen aber, wie ja schon der Name sagt, aus sozialen Gesichtspunkten heraus gebildet. Die nächsten Fachausschüsse, die geschaffen wurden und eine ganz andere Aufgabe hatten, waren die der Ofensetzer. Auch diese Fachausschüsse wurden bereits vor dem Kriege (1907) besprochen und auch gebildet. Ihre Aufgabe sollte sein, der immer weiter vordringenden Zentralheizung durch Erforschung der Gesetze der Kachelofenheizung und des zweckmäßigsten Kachelofenbaues einen Damm entgegenzustellen. Es handelt sich bei der Arbeit dieser Ausschüsse also in letzter Linie um eine Art praktischer Arbeitsbeschaffung, wobei sich die Vertreter des Berufs jedoch voll und ganz als Treuhänder der Kreise fühlten, für die Ofen zu erstellen waren. Denn ihre Arbeit war in erster Linie von der Ueberlegung geleitet, daß ein guter Ofen der Zentralheizung mindestens ebenbürtig sei, dabei aber auf lange Zeit hinaus die Wärmequelle in der Wohnung des „kleinen“ und „mittleren“ Mannes sein würde.

Neben diesen beiden Ausschüssen gab es keine weiteren von ähnlicher Bedeutung. Gewiß stellten die Maurer hier und da mal eine Kommission auf, die Einzelfragen der Bauausführung, des Zwischenmeisterturns, des Akkordwesens und ähnliches studieren sollte, die dann auch berichtete, schließlich aber doch wieder verschwand. Das Denken der Menschen, bedingt durch die ständige Aufwärtsentwicklung der Industrie, sprach gegen solche Ausschüsse. Die neu in den Beruf strömenden Arbeiter konnten immer wieder ein Unterkommen finden. Niedergang in dem einen Berufsweig ward ausgeglichen durch Aufbau in dem anderen. Als die eigentlichen Stukkatoren zum Beispiel infolge der schlechten Räume immer weniger zu tun bekamen, wuchs auf der anderen Seite die Rabitzarbeit zu immer größerer Blüte auf — bis zu den Wunderwerken der indirekten Beleuchtung größten Ausmaßes und ähnlichem.

In diesen Tagen scheint es nun für die ganze große Bauindustrie ein allgemeines Halt zu geben. Die Schwarzseher meinen angesichts der Dauerkrise, es gäbe nie mehr ein Aufwärts. Die Optimisten sehen zwar noch sehr große Arbeiten für das Baugewerbe vor sich, aber keine so großen, daß bei den vorhandenen Maschinen und Arbeitskräften die zu vergebenden Arbeiten für die ganze Industrie Beschäftigung gewährleisten würden. Alle sehen ein klein gewordenes Betätigungsfeld, auf dem viel zuviel Menschen ihr Auskommen zu finden hoffen. Wie soll das möglich gemacht werden? Diese sehr verständliche Frage wird immer wieder gestellt; in ihr liegt aber auch der Wunsch, sich bessere Klarheit, bessere Uebersicht über die künftigen Beschäftigungsaussichten zu verschaffen. In dieser Frage liegt der Wunsch, der in diesen Wochen Gestalt anzunehmen beginnt: Fachausschüsse zu schaffen, die eine gewisse

Forschungstätigkeit in der angeedeuteten Richtung ausüben. Ziel, Richtung und die unmittelbaren praktischen Aufgaben sind dabei durchaus noch nicht fest umrissen. In den meisten Fällen ist das dringlichste, erst mal zu wissen, wie stark infolge von Maschinenanwendung, veränderten Bauweisen und ähnlichen Umständen die Beschäftigungsmöglichkeiten zurückgegangen sind. Kennt man die Zahl der Beschäftigungssuchenden und weiß man annähernd, wieviel Arbeit bei Einsatz der verschiedensten Hilfsmittel vorhanden sein müßte, um die Arbeitslosen von der Straße zu bringen, so läßt sich bei den ersten zuverlässigen Arbeitsbeschaffungsaufgaben ziemlich schnell feststellen, wie viele Angehörige eines Berufsweiges entweder ausscheiden müßten oder wie kurz die Arbeitszeit zu sein hätte, wenn annähernd alle in Arbeit kommen sollten. Neben diesen Feststellungen würden automatisch andere einhergehen, beispielsweise solche über die Anwendbarkeit und Wirtschaftlichkeit von Maschinen bei erheblich verkürzter Arbeitszeit, über die Möglichkeiten, auch bei verringerter Arbeitsgelegenheit noch Akkord zu arbeiten und mancherlei dergleichen.

Mögen manche dieser Feststellungen zunächst auch nur „akademische“ Bedeutung haben, so wollen wir sie in ihrer Gesamtheit doch nicht unterschätzen. Es ist nämlich durchaus nicht so, daß die Leute, die jahraus, jahrein in der gleichen Industrie arbeiten, diese auch wirklich kennen. Besonders der Arbeiter, der ja in den meisten Fällen nur eine Teilaufgabe zugewiesen bekommt, dem man normalerweise einen tieferen Einblick in die Gesamtarbeit nicht vermittelt, findet bei einem Durchforschen seiner Arbeitskreise recht vieles, das ihm vielleicht nicht neu sein dürfte, in dem Augenblick, da er es kennenlernt, aber doch als neu erscheint und zum Denken über die Menschen und Beziehungen in der Industrie anregt. Das ist, um es mit einem Gleichnis zu sagen, wie bei einem seltenen Umzug. Man weiß halb und halb, daß da im Haushalt so verschiedenes ist, das man auszusortieren und neu zu beschaffen hätte. Ist der Ziehtermin jedoch endlich da, dann ist man doch erstaunt, daß sich soviel an älteren und neueren Dingen findet, das überflüssig geworden ist. Man hält dann wohl Umschau, sinnt den Zusammenhängen nach, warum dies und jenes so oder so gemacht wurde, erkennt Unstimmigkeiten, die inzwischen eingetreten sind, wirft manches zum Gerümpel und schafft neu, wenn es die Umstände erlauben. So ähnlich ergeht es uns eben. Wir müssen in der Zukunft unserer Industrie umzichen. Wie sehen, daß der zur Verfügung stehende Etat sich nicht mehr beliebig vergrößern läßt. Wir sehen Grenzen und suchen nach der Größe des Feldes, auf dem wir künftig unseren Unterhalt zu erarbeiten vermögen.

Bisher sind Fachausschüsse für die Maurerei, für den Betonbau und für technische Fragen (Rationalisierung) in der Bildung begriffen. Daneben bestehen die heiztechnischen Kommissionen der Ofensetzer und natürlich auch ein gut Teil Bauarbeiterschuttkommissionen weiter. Recht gute Arbeit haben bisher die Maurer geleistet. Eine Reihe von Zuschriften aus verschiedenen Teilen Deutschlands lassen bereits manche Merkwürdigkeiten und Eigenarten der Arbeit erkennen. In Verbindung mit einer Werkschau (Sammlung von Modellmaterial usw.) geben diese Zuschriften

beachtliche Unterlagen. In ähnlicher Weise arbeiten auch die anderen genannten Fachgruppen. Es steht zu hoffen, daß in einiger Zeit alle Sparten des Bundes auf ihre Weise derartige Untersuchungen anstellen und sich die Unterlagen einarbeiten, die einen Überblick über den Stand der gesamten Industrie und die Unterkunftsmöglichkeiten in ihr gewähren. Denn alles Erarbeiten technischen Könnens ist umsonst, wenn die, die sich geschult haben, nicht auch sicher sein können, ihre Kenntnisse zu verwerten. Es ist daher wohl kein Zufall, daß die erwähnten Fachausschüsse in enger Zusammenarbeit mit dem „Bauwerk“ stehen. Das „Bauwerk“ und das Fachbildwesen im Bunde wollen fachliche Kenntnisse vermitteln — aber das soll nicht blindlings, ohne Rücksicht auf den Bedarf, geschehen. Ebenso wichtig wie die eigentliche Vermittlung fachlichen Wissens ist auch das Schaffen von Klarheit über den Umfang des Wissens und Könnens, das künftig gebraucht werden wird. H. N.

Die Aufgabe der Treuhänder der Arbeit

Am 20. Juni empfing der Reichsarbeitsminister die Treuhänder der Arbeit und dankte ihnen zugleich auch im Namen des Reichskanzlers für ihre Bereitwilligkeit, das überaus wichtige und verantwortungsvolle Amt eines Treuhänders der Arbeit zu übernehmen. Mit der Ernennung der Treuhänder hätten, so führte der Reichsarbeitsminister u. a. aus, die Schlichter ihre Tätigkeit beendet. Er sehe es für seine Pflicht an, den bisherigen Schlichtern für ihre Mithaltung seinen Dank auszusprechen. „Der neue autoritäre Staat stellt sich vollkommen anders zur Wirtschaft als der bisherige liberal-demokratische Staat. In Zukunft erhebt der Staat auch gegenüber der Wirtschaft den unbedingten Führungsanspruch. Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen und Aufgabe des Staates ist es, darüber zu wachen, daß dies auch geschieht. Wir haben heute einen in seinen Fundamenten neu gegründeten Staat, aber noch eine in ihren Grundzügen im wesentlichen unveränderte Wirtschaft. Das zeigt sich vor allem noch in unserem wirtschaftlichen und sozialen Verbändewesen, das noch einer gründlichen Erneuerung im Geiste der nationalen Revolution harret. Bis dies Ziel erreicht ist, muß der Staat die Treuhandschaft für die Arbeit selbst übernehmen und das alte System in eine neue Ordnung überleiten, in der auch die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Aufgabe der berufsständischen Selbstverwaltung ist. So sind die Treuhänder der Arbeit geschaffen und vom Reichskanzler ernannt worden, um an Stelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern, einzelner Arbeitgeber oder der Vereinigungen von Arbeitgeberern rechtsverbindlich die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zu regeln, um für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen, und um bei der Vorbereitung der neuen Sozialverfassung mitzuarbeiten. Die Treuhänder verkörpern die höchste Staatsautorität und sind daher lediglich an die Richtlinien und Weisungen der Reichsregierung gebunden.“

In der Aussprache mit den Treuhändern wurde festgestellt, daß der Wille der Reichsregie-

rung, wonach für die notwendige Übergangszeit die bestehenden Arbeits- und Lohnbedingungen grundsätzlich in Geltung bleiben müßten, daß es die Pflicht aller Beteiligten sei, die in den Tarifverträgen getroffene Regelung, soweit sich ihre Änderung nicht als unumgänglich notwendig erweise, grundsätzlich aufrechtzuerhalten, auch als Richtlinie für die Arbeit der Treuhänder zu gelten hat. Sollte sich dennoch die Änderung einzelner Tarifverträge als unumgänglich notwendig erweisen, so sind die Treuhänder im Rahmen der Weisungen der Reichsregierung vollkommen frei in ihren Entscheidungen und fallen diese autoritär. Schlichtungsverhandlungen gibt es in Zukunft nicht mehr. Das schließt aber nicht aus, daß die Treuhänder sich mit den Führern der beteiligten Berufe und ihrer Verbände zwecks Unterordnung in Verbindung setzen und so ihre Entscheidung vorbereiten. Im übrigen werden die Treuhänder im engsten Einvernehmen mit den zuständigen Verwaltungsstellen der Länder arbeiten, wobei ihnen jede Unterstützung der Länderregierungen zugesagt worden ist.

„Zu neuen Ufern“

Unter dieser Überschrift nimmt die Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands „Die Bauergewerkschaft“ zum Neubau der deutschen Arbeiterverbände Stellung: „Nunmehr ist den freien Gewerkschaften die marxistische, auf Klassenkampf, Vaterlandsverneinung und Religionsablehnung bedachte Leitung genommen. Damit ist die Notwendigkeit christlicher Gewerkschaften als Gegenbewegung zu diesen Zersetzungsbestrebungen aufgehoben. Einer Vereinigung der weltanschaulichen Organisationen der Arbeiterschaft zu einer einheitlichen Bewegung steht also nichts mehr im Wege. Die christlichen Gewerkschaften konnten sich — von dieser Seite gesehen — mit gutem Gewissen am 3. Mai in die deutsche Arbeitsfront eingliedern.“

Nach einer Schilderung dessen, was den Mitgliedern ihre bisherige Organisation gewesen ist, heißt es dann weiter: „Wir hatten eine geistige Heimat! Unsere Hoffnung ist, daß uns auch die neue Einheitsgewerkschaft geistige Heimat werden wird.“ Und zum eigentlich Neuen, das jetzt entsteht, sagt die christliche „Bauergewerkschaft“: „Die neue Berufsorganisation kann zunächst uns, die wir kleinere und feinere Ausmaße gewohnt waren, durch ihre zahlenmäßige Größe Besorgnisse ob der Pflege der individuellen Bedürfnisse hervorrufen. Diese Besorgnisse sind unbegründet. Durch entsprechende örtliche Untergliederungen, durch die Einrichtung der Fachschaften für die einzelnen Berufe wird erreicht, daß die Gefahr der Vermassung mit ihrem Enthobensein von Pflichten und dem Gefühl mangelnden Rechtes nicht eintritt.“

Das Bild eines vor dem Bezug stehenden Neubaus ist uns geläufig. Leere Zimmer, frisch und luftig, muten einladend und doch leer zugleich an, wenn man an die seitherige Umgebung, ihre Gemütlichkeit und Wohlichkeit denkt. Nach kurzem Übergang aber wird der Vorteil der neuen Wohnung, die plangerecht gebaut ist, geschätzt werden. Wenn alle Mitbewohner dann guten Willen zur Zusammenarbeit, frei von Eigensinn und Ueberheblichkeit, nur dem Ganzen dienen wollend, mitbringen, dann wird aus dieser Eintracht der Erfolg wachsen. Unserer Auffassung von der Be-

seelung des Wirtschaftslebens wird Rechnung getragen. Die Leitung der deutschen Arbeitsfront und insbesondere der Garant des neuen Staates, der Herr Reichskanzler, ist bestrebt, das christlich-nationale Gedankengut im neuen Gewerkschaftsbau mitzuverwerten. Die Gedanken des Christentums von Gerechtigkeit und Liebe müssen wieder Inbegriff des Wirtschaftslebens werden. Eine christliche Wirtschaft ist sozial, eine soziale Wirtschaft ist unentbehrlicher Pfeiler im nationalen Staat.

Daß das Einleben in der neuen Gewerkschaft erleichtert wird, wenn man in der näheren und weiteren Umgebung der neuen gewerkschaftlichen Heimat bekannte Gesichter weiß, Leute findet, deren sozialer Tätigkeit man aus Erfahrung vertrauen kann, ist selbstverständlich. Die Leitung der deutschen Arbeitsfront hat deshalb auch von sich aus schon vorgesehen, daß alles an gewerkschaftlichen Kräften aus unserer Bewegung vom örtlichen Vertrauensmann bis zum hauptamtlichen Gewerkschaftsvertreter, was guten Willens ist, zur Mitarbeit herangezogen werden soll.

Wir wissen, daß das Vorgesagte verstandesgemäß von der Mehrzahl unserer Verbandsangehörigen begünstigt wird. Die nationale Berufsorganisation lebt aber nicht allein aus dem nüchternen Verstande, sie braucht auch das Herz der Menschen. Vom Herzen kommt die Zuempfehlung, die Liebe. Sie kann nicht durch organisatorische Maßnahmen erzielt werden. Sie zu erbringen, ist die Aufgabe der Zukunft.“

Die von der Redaktion des christlichen Bauarbeiterverbandes im erstzitierten Absatz selbst bekannte Ueberflüssigkeit christlicher Gewerkschaften ist inzwischen bereits schneller verwirklicht worden, als es sich die Führer der christlichen Gewerkschaften gedacht haben mögen. Fast gleichzeitig mit der Ausweisung der christlichen Gewerkschaftsvertreter aus dem Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront ist auch die organisatorische Gleichschaltung der christlichen Gewerkschaften durchgeführt worden. Die Verbandsleiter der christlichen Gewerkschaften und die sonstigen gleichwertigen Führer wurden am 23. und 24. Juni im Auftrag des Führers der Deutschen Arbeitsfront abgesetzt und durch Nationalsozialisten ersetzt. Damit ist die von der Redaktion der christlichen „Bauergewerkschaft“ ausgesprochene Hoffnung, daß man hauptamtliche Gewerkschaftsvertreter im bisherigen Ausmaß zur Mitarbeit heranziehen werde, zunichte geworden. Die Ausschaltung auch der christlichen Führer kommentiert zugleich auch einen in der gleichen Nummer der christlichen „Bauergewerkschaft“ enthaltenen Bericht aus Gladbeck, worin noch die feste Erwartung ausgesprochen wird, daß auch die leitenden Personen ihrer Bewegung bei der neuen Aufbauarbeit mit Verwendung finden sollen.

Christliche Bauarbeiterverbände übernehmen!

Am 24. Juni wurde von der Leitung des Deutschen Bauergewerkschaftsverbandes der Zentralverband christlicher Bauarbeiter, der seinen Sitz in Berlin, sowie der Zentralverband christlicher Maler, der seinen Sitz in Düsseldorf hat, übernommen. Somit gibt es schon heute richtungsmäßig keine zwei Bauarbeiterverbände mehr, sondern nur noch einen, auf dem Wege zum einheitlichen großen deutschen Arbeiterverband des Bauergewerks ist ein weiterer Schritt getan worden.



UNTERHALTUNG UND WISSEN

Handwerkliche Arbeitsgemeinschaft in alter Zeit

Arno Kapp, Leipzig. (Schluß)

Mit dem Niedergang der Bruderschaftsbewegung am Ende des 18. Jahrhunderts ging Hand in Hand eine Ueberspannung des sozialen Bruderschaftsgedankens. Die sozialen Leistungen der Gesellenkassen wurden übertrieben, so daß Einnahmen und Ausgaben in keinem Verhältnis mehr zueinander standen. Leider ist hier viel statistisches Material verlorengegangen durch Vernichtung der Kassenbücher zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als man daran ging, die Bruderschaften als Herde umstürzlerischer Ideen mit Stumpf und Stiel auszurotten, was sie in Wirklichkeit gar nicht waren. Eines dieser seltenen Dokumente verwahrt das Leipziger Ratsarchiv. Es gibt Aufschluß über die in den Bruderschaften geübte soziale Fürsorge, stammt aus der Zeit des Siebenjährigen Krieges und verlangt die Herabsetzung der mit der Zeit überspannten Fürsorgekosten. Die Akten berichten hierüber folgendes (Leipziger Ratsarchiv S. 1893): Mitten in den Wirren des Siebenjährigen Krieges, am 10. April 1760, reichte der Leipziger Ratsherr und Deputierte des Schuhmacherhandwerks, Dr. Carl Gottfried Winkler, seiner vorgesetzten Behörde, dem Rate der Stadt, eine umfangreiche Erhebung darüber ein, daß die zeitlich gezahlten Unterstützungssätze an erkrankte und arbeitslose Schuhmachersellen unbedingt zu hoch seien, und daß auch deshalb die Bruderschaftskasse immer mehr in Schulden gestürzt werden müsse. Er könne dies als Deputierter des Handwerks nicht länger mehr gut heißen, sondern mache Vorschläge, wie diesem langsamen Verfall vorgebeugt werden könne. Winkler schreibt deshalb an den Rat und verlangt, daß die alten Gesellschaftsschulden und Capitalien unbedingt abgetragen werden müßten, denn das, was durch das zeitliche gewöhnliche Auflegen der Gesellen einkommen, habe die Ausgaben bei weitem überstiegen! Noch könne die Schuld getilgt werden, wenn sofort einschneidende Maßnahmen getroffen würden. Die Schuld betrug 250 Taler, eine für damalige Zeit ungewöhnlich hohe Summe, wenn man bedenkt, daß der Geselle bei zehnstündiger Arbeitszeit kaum einen Taler Wochenlohn verdiente. Der erkrankte Geselle erhielt auch damals schon eine Unterstützung von wöchentlich 16 Groschen, doch sollte, wie es in der

Schuhmachergesellenordnung vom 4. Oktober 1749 heißt, „auf alle Weise dahin gesehen werden, damit die alten Gesellschaftsschulden und Capitalien abgetragen und bezahlt werden mögen.“ — Um wieder Ordnung in die Finanzen zu bringen, schlug der Ratsdeputierte vor, die Gesellenbeiträge um 50 % je Monat, also von 4 auf 6 Groschen, zu erhöhen, auch sollte das Zechen auf Kosten der Bruderschaft auf der Herberge für immer eingestellt, auch die Bezüge der Altgesellen auf das alte Maß zurückgeführt werden. Wenn früher der Altgeselle für seine Tätigkeit bei der Arbeitsvermittlung der zugereisten Gesellen, das Einsammeln der Beiträge, Verbuchen derselben usw. jährlich 3 Taler erhalten hatte, außerdem Beitragsfreiheit zur Lade, somit jährlich 5 Taler und 4 Groschen, so hatten sich die Altgesellen im Jahre 1760 insgesamt 13 Taler und 13 Groschen auszahlen lassen. Ihre Bezüge waren demnach verdreifacht worden. Daß unter diesen Umständen die Altgesellen die Verpflichtung übernahmen, ihren Mitgesellen auch einige Vorteile zuzuschancen, um diese ruhig zu halten, war nur eine Pflicht der Selbsterhaltung. Aus der Eingabe Winklers erfahren wir ferner, daß man den erkrankten Gesellen mehr gegeben hatte, als die verordneten 16 Groschen, 21 Groschen bis zu einem Taler (24 Groschen), was, wie der Ratsherr Winkler schrieb, „den Anlaß gibt, daß die Gesellen sich desto schwerer zu dem Meistern wieder in Arbeit begeben, sondern länger, als sonst geschehen, unter dem Schein einer Krankheit aufliegen (nämlich in den Betten der Herberge, wo erkrankte Gesellen untergebracht wurden, wenn die Aufnahme im Hospiz nicht angeordnet worden war) und müßig gehen!“

In den alten Bruderschaftsordnungen war festgelegt, daß kranke Gesellen nach ihrer Gesundung zu dem Meistern die Hälfte der Krankenunterstützung wieder zu erstatten hatten. Man ließ den Gesellen hierzu oft jahrelang Zeit. So war immer Geld für Kranke in den Bruderschaftskassen vorhanden. Der Ratsdeputierte der Schuhmacher aber mußte in seinem Bericht feststellen, daß dies „niemals zu geschehen pflegte!“ Uebrigens hielt der Bruderschaft zur Pflege der kranken Gesellen auf der Herberge des Handwerks einen besonderen Krankenwärter, der wöchentlich einen Taler Lohn erhielt. Starb ein Geselle, so wurden ursprünglich in den Bruderschaften die Beerdigungskosten auf die Mitglieder verteilt, aber auch hier hatte man begonnen, die Gelder aus der Lade zu nehmen. — Auch für das

Seelenheil der Gesellen war von jeher Geld bereitgestellt worden. Dr. Winkler schreibt darüber an den Leipziger Rat: „Als kurz nach Michaelis 1759 ein kranker Schuhmacherselle heridert werden sollen (ihm das Abendmahl gereicht werden sollte), hat der Vorsteher dem Altgesellen, welcher sich der Leutenberger Geissen, zu dem Ende 12 Groschen für den Priester, 4 Groschen für den Küster und 2 Groschen zu Weine gegeben. Dieses hat aber dem Altgesellen zu wenig gedehnt, sondern er hat 32 Groschen verlangt, auch daher obige 18 Groschen nicht genommen, hingegen, um zu seinem Gelde zu kommen, von sothaner Zeit an nicht nur weiter aufgeleget, sondern auch seiner Mitgesellen Auflage an sich genommen, bey welcher Gelegenheit auch der Vorsteher von einigen Gesellen übel angelassen worden.“ — Daß bei einer derartigen unsoliden Geschäftsführung außerdem große Rückstände an Aufgelagerten festzustellen waren, teilt der Ratsdeputierte in seinem Bericht ebenfalls mit. „Ueberhaupt ist zu bemerken, daß bey dem Auflegen unterschiedene Gesellen mit ihrer Auflage im Reste verblieben und wie sie es nennen, anstehen lassen, wie denn die dormaligen Restanten über 10 Taler betragen.“ — Der Ratsdeputierte verlangt weiter, daß auch die Rechnungslegung der Herbergsväter eingehender geprüft würde. Die Aufwartung in der Herberge möge der Krankenwärter übernehmen, der für seine Dienste bei der Bruderschaft allwöchentlich mit einem Taler reichlich entschädigt werde.

Der Leipziger Rat legte die Vorschläge des Deputierten den Altgesellen vor, die eine Erhöhung der Bruderschaftsbeiträge ablehnten. Damit war aber nichts gebessert. Deshalb ließ der Rat den Altgesellen sagen, daß sie Mittel und Wege angeben müßten, wie die gemachten Schulden zu bezahlen seien. Da diese Vorschläge ausblieben, verordnete der Rat: „Des Herrn Deputierten Vorschlag wird bis zur Tilgung dieser Schulden approbieret.“ Damit war wieder Ordnung in die Finanzen der Bruderschaftskasse gebracht.

Betrachten wir an Hand historischer Quellen die Geschichte des Handwerks, so wird seine Blütezeit gekennzeichnet durch gemeinsame Arbeit zum Wohle von Innungen und Bruderschaften, Meistern und Gesellen schufen gemeinsam. Es herrschte Arbeitsfrieden im Handwerk. Die Wiederbelebung gemeinsamer Beratungen zum Wohle des gesamten Handwerks eine gesunde Wirtschaft entfalten konnte, ist auch das Bestreben unserer Zeit: Handwerkliche Arbeitsgemeinschaft ohne politische Bindung! Wenn der Unternehmer im Gesellen und Arbeiter seine befreundeten Mitarbeiter am gemeinsamen Werke wieder achten lernt, wird auch das Handwerk beitragen können am Wiederaufstieg der Nation.

Unfallursachen im Baugewerbe

Die Berufsgenossenschaften berichten alljährlich dem Reichsversicherungsamt über ihre Tätigkeit, insbesondere über Unfälle. Das Reichsversicherungsamt wertet die Angaben der Berufsgenossenschaften statistisch aus, um die für die Unfallverhütung notwendigen Einblicke in die Gefahrenquellen der einzelnen Arbeitsvorgänge zu bekommen. Im Reichsarbeitsblatt vom 25. Mai 1933 sind nun die Ergebnisse für das Jahr 1931 veröffentlicht worden. Für alle gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden insgesamt 1 224 470 Betriebe mit 9 136 700 versicherten Personen festgestellt. Für diese Arbeiterzahl wurden zusammen 512 743 Unfälle gemeldet, von denen wiederum 30 988 entschädigungspflichtig wurden; 2624 nahmen einen tödlichen Ausgang. Unter den entschädigungspflichtigen Unfällen sind alle die Unfälle zu verstehen, die eine längere als dreizehnwöchige Erwerbsunfähigkeit verursachen.

Das Baugewerbe beschäftigte im Hoch- und Tiefbau im Jahre 1931 in 204 000 Betrieben 1 065 000 Versicherte, so daß auf einen Betrieb im Durchschnitt 5,2 versicherte Personen entfielen. Gemeldet wurden 83 559 Unfälle, davon wurden 5925 entschädigt; 507 Unfälle verliefen tödlich. Ein Vergleich der verschiedenen gewerblichen Berufsgruppen untereinander beweist, daß das Baugewerbe eines der meisten unfallgefährdeten Gewerbe ist.

Das Reichsversicherungsamt teilt alle gewerblichen Arbeitsvorgänge in bestimmte Gruppen und ordnet die Unfälle, entsprechend ihrer Entstehungsursache, in diese Gruppen ein. Die nachstehende Übersicht bringt die Unfälle des Baugewerbes gesondert ausgezogen und läßt wertvolle Schlüsse auf die Unfallgefährlichkeit der einzelnen Arbeitsvorgänge im Baugewerbe zu.

Übersicht über die Unfallursachen im Baugewerbe (Hoch- und Tiefbau).

| Gruppe der Unfallursachen | Vorgekommene Unfälle | | Entschädigte Unfälle | | Tödliche Unfälle | |
|---|----------------------|---------------|----------------------|---------------|------------------|---------------|
| | überhaupt | in % | überhaupt | in % | überhaupt | in % |
| A Kraftfahrzeuganlagen | 355 | 0,40 | 18 | 0,30 | 1 | 0,20 |
| B Kraftübertragungsanlagen | 274 | 0,33 | 56 | 0,95 | 29 | 4,73 |
| C Arbeitsmaschinen | 2 785 | 3,28 | 378 | 6,38 | 6 | 1,19 |
| D Förderungsanlagen und -einrichtungen | 1 318 | 1,58 | 157 | 2,65 | 18 | 3,56 |
| E Transport | 24 566 | 29,40 | 1 383 | 23,34 | 93 | 18,35 |
| F Koch- und Druckapparate | — | — | — | — | — | — |
| G Explosivstoffe | 57 | 0,07 | 7 | 0,12 | 3 | 0,60 |
| H Behälter f. verflüssigte, verdicht. Gase u. Zuberhör | 23 | 0,03 | — | — | — | — |
| I Schweiß- u. Schneideeinag. | 126 | 0,16 | 2 | 0,03 | — | — |
| K Behälter für brennbare Flüssigkeiten | 13 | 0,02 | 1 | 0,02 | — | — |
| L Feuergefährliche, heisse und ätzende Stoffe | 3 529 | 4,22 | 85 | 1,43 | 5 | 0,99 |
| M Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen | 10 098 | 12,05 | 866 | 14,62 | 102 | 20,13 |
| N Fall von Personen von Leitern, Treppen usw. | 16 135 | 19,31 | 1 719 | 29,01 | 141 | 27,82 |
| O Durch Tiere herbeigeführte Unfälle | 277 | 0,33 | 11 | 0,19 | 1 | 0,20 |
| P Handwerkzeuge | 5 122 | 6,13 | 135 | 2,28 | 2 | 0,40 |
| Q Auf dem Wege nach und von der Arbeit | 5 686 | 6,81 | 569 | 9,60 | 63 | 12,43 |
| R Rohstoffgewinnung, Aufbereitung | 130 | 0,16 | 19 | 0,32 | 1 | 0,20 |
| S Verschiedenes | 12 636 | 15,12 | 470 | 7,93 | 27 | 5,23 |
| T Berufskrankheiten | 497 | 0,60 | 40 | 0,68 | 15 | 2,97 |
| Gesamt | 83 559 | 100,00 | 4 925 | 100,00 | 507 | 100,00 |

August Ellinger

In den Sonntagnachmittagsstunden des 18. Juni ist in Berlin unser weithin bekannter Kollege August Ellinger, früheres Hauptvorstandsmitglied, freiwillig aus dem Leben geschieden.

Im 53. Lebensjahre stehend, hat Kollege Ellinger selbst den Schlusstrich unter sein arbeitsreiches Leben gezogen. Er stammte aus Würtemberg, wo er in Haselbach am 22. November 1880 geboren wurde. Bereits als junger Maurer kam er zur gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Maurer, wo er sich sofort rege und unermüdet beteiligte. Sein ganzes Leben war mit unserer Gewerkschaftsbewegung, in vielen Jahren mit dem DBB, verflochten.

Wir werden Kollegen August Ellinger immer im guten Gedanken behalten.

Die Mehrzahl aller Unfälle im Baugewerbe fällt auf die Gruppe E (Transport), die mit 24 566 Unfällen, gleich 29,40 % der gesamten Unfälle im Baugewerbe, die Spitze hält. Der Größenordnung nach folgt dann die Gruppe N (Fall von Personen von Leitern, Treppen usw.) mit 16 135 Unfällen, gleich 19,31 % der Gesamtunfälle. Die Gruppen N und M sind sich am schwersten bei den tödlichen Unfällen aus.

Sehr aufschlußreich ist ein Vergleich der verschiedenen Gruppen auf die Schwere der Unfälle. Bei der Gruppe B (Kraftübertragungsanlagen), wurden 274 Unfälle gemeldet, das sind nur 0,33 % der Gesamtunfälle. Von diesen 274 Unfällen waren aber 56 sehr schwer und wurden entschädigt, das sind schon 0,95 %, 29 von diesen Unfällen verliefen tödlich, das sind sogar 5,73 %. Ähnlich wirken sich auch die Unfälle in der Gruppe Q (Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeit) aus, in der 6,81 % aller Unfälle gemeldet wurden, davon waren aber 9,60 % entschädigt und 12,43 % tödliche Unfälle. Umgekehrt verhalten sich die Unfallfolgen in der Gruppe P (Handwerkzeuge). Von 6,13 % gemeldeten Unfällen wurden 2,28 % entschädigt; nur 0,40 % verliefen tödlich.

Der aufmerksame Leser wird noch eine ganze Reihe solcher Merkwürdigkeiten aus der Übersicht entnehmen können. Für die Praxis der Unfallverhütung wäre es wertvoll, wenn jeder im Baugewerbe tätige Arbeiter sich ernstlich mit diesen Zahlen beschäftigt. Wer die Gefahrenquellen kennt, der weiß auch der Gefahr zu begegnen und wird in der Unfallverhütung die besten Erfolge zeitigen können.

Arbeitsschutz

Das Gebiet des Arbeitsschutzes umfaßt, wenn man den Rahmen weit spannt, fast alle Fragen sozialpolitischer Natur. Im nachstehenden soll jedoch der Arbeitsschutz im engeren Sinne behandelt werden, d. h. der Schutz der Arbeitsfähigkeit des Arbeiters in rein betriebstechnischer Hinsicht. In dieser Richtung ergeben sich für die neue nationalsozialistische Gewerkschaftsleitung bedeutende und zahlreiche Aufgaben. Bisher ist das Gebiet in den verschiedensten Gesetzen und Verordnungen verstreut behandelt worden. Zum Teil handelt

es sich hierbei um gesetzliche Bestimmungen aus der Zeit lange vor dem Kriege. Die Bestimmungen sind zu einem sehr wesentlichen Teil inhaltlich änderungsbedürftig, weil sie Produkte einer liberalistischen Wirtschaftsauffassung sind und bei ihnen der Gedanke unserer neuen Zeit „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ nicht genügend berücksichtigt worden ist. Außerdem haben die bisherigen Bestimmungen den sehr wesentlichen Fehler, daß sie zwar sehr schön auf dem Papier stehen und in zahlreichen Paragraphen in oft schwer verständlicher Form zusammengefaßt sind, ohne jedoch eine Handhabe zur praktischen Durchführung zu gewähren. Hierin grundlegende Arbeit zu leisten, ist eine bedeutsame Aufgabe der neuen Gewerkschaftsleitung.

In den zurückliegenden Jahren des schwarzen Systems wurde allerdings schon der Versuch gemacht, die vorstehend genannte Aufgabe zu lösen. Wie jedoch in dem Nachkriegsdeutschland blieb es jedoch nur bei dem Versuch. Ein Erfolg konnte infolge der grundlegenden Fehler des Systems nicht erreicht werden. Man hatte zwar im Reichsarbeitsministerium einen Entwurf eines „Arbeitsschutzgesetzes“ ausgearbeitet, dieser Entwurf wurde dann durch unzählige Kommissionen des Reichstags, des Reichsrats und des Reichswirtschaftsrats hindurchgezerrt. Man redete unendlich viel in diesen schönen Ausschüssen. Man schrieb ausführliche Protokolle. Die damaligen Gewerkschaftssekretäre erstatteten Gutachten, worauf Gegenentwürfe der Arbeitgeberorganisationen zusammengeschrieben wurden. Der Schlußeffekt war jedoch nach allem, daß der besagte Entwurf auch jetzt noch unerledigt bei den Akten schlummert, trotzdem er bereits aus dem Jahre 1926 bzw. 1929 stammt.

Zur Sache selbst ist folgendes vom nationalsozialistischen Standpunkt aus zu sagen. Die NSDAP sieht in der deutschen Arbeit und damit auch im Träger der Arbeit, dem Arbeitnehmer, das wertvollste Gut des deutschen Lebens, das jedes erdenklichen Schutzes bedarf. Insonderheit muß dafür gesorgt werden, daß die Gesundheit des Arbeiters im Betriebe keinen unnötigen Gefahren ausgesetzt ist. Vor allem die Jugendlichen und die Frauen bedürfen eines erweiterten Arbeitsschutzes. Um diesen Schutz auch praktisch zu gewährleisten und zu kontrollieren, müssen bestimmte beamtete Äerzte mit Spezialausbildung bestellt werden, die auch wirklich die nötigen praktischen Erfahrungen in den speziellen Betriebsgefahren besitzen. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß die Kontrolle der Betriebe nicht nur gelegentlich und oberflächlich erfolgt, damit der Aufsichtsbeamte auch ein umfassendes Bild über die tatsächlichen Verhältnisse in dem Betrieb erhält. Entsprechende Vorschläge in dieser Richtung liegen bereits vor.

Ein sehr wesentliches Kapitel des Arbeitsschutzes besteht in der Regelung der Arbeitszeit. Eine Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit darf nur in besonderen, klar geregelten Fällen gestattet sein und auch dann nur in beschränktem Maße. Die bisherigen Bestimmungen sind gerade in diesem Punkte oft sehr unklar und lassen zu viele Ausnahmen zu. Die Gewährung von Arbeitspausen und von genügender Freizeit zwischen den Schichten muß gleichfalls genau geregelt werden. Besondere Schutzmaßnahmen sind für Fließband- und Stanzarbeit erforderlich. Gegen die Akkordarbeit bestehen allerstärkste Bedenken. Auch in diesem Punkte werden ganz bestimmte Regelungen im

Ein weiter Weg nach Deutschland

Briefe an Freunde, die über die Grenze jönd

Der Arbeiterdichter Max Barthel veröffentlicht im „Angriff“ folgenden Brief, den er einem ehemaligen Freunde ins Ausland sandte. Wir glauben, daß gerade diese Stimme besonders kennzeichnend ist für die Verwandlung, die die deutsche Revolution Adolf Hitlers in Menschen ausgelöst hat, die nach Herkunft und Gefühl mit dem Wesen des Arbeiters tief vertraut sind. Max Barthel, der bereits während des Krieges durch seine „Verse aus den Argonen“ starken Widerhall fand, lebt im Norden Berlins, zwischen den Schornsteinen der Arbeit und im Hinterland des Arbeiterdeinstens. Im übrigen spricht das Bekanntnis dieses Briefes für sich selbst.

Zum dritten- und viertenmal schreibe ich dir Briefe aus der Fremde, und jeder Brief ist Klage und Frage. Du beschwörst alte Freundschaften und Erlebnisse („weißst du es noch“ und „es war einmal“), und im gleichen Atemzuge kündest du deine und deiner Freunde Todfeindschaft an. Du behauptest, ich sei gekauft und bestochen und willst gleichzeitig wissen, wie die Dinge in Deutschland liegen.

„Komm herein in unser Land“, habe ich telegraphiert, aber du kamst nicht; dein letzter Brief kam, und der zwingt mich zu einer ausführlichen Antwort. Und da es ja ein persönlicher Brief ist, müssen auch persönliche Dinge dir stehen.

Wir wissen, daß eine Revolution nicht mit Rosenwasser gemacht wird, und daß sie sich ihre eigenen Gesetze schreibt. Glaubst du, wenn die KPD gesiegt hätte, die Kommunisten wären hymnensingend und Friedenspalmen schwingend durch die Dörfer und Städte gezogen? Die Nationalsozialisten eroberten die Macht, sie gebrauchten die Macht, und darin unterscheiden sie sich wesentlich von unseren gemeinsamen Freunden, die mit der Macht nichts anzufangen wußten.

Die Sieger von heute waren großmütig und nicht rachsüchtig. Sie gaben die Hand jedem, der mitarbeiten wollte. Und nun bist du erbittert, daß ich mitarbeite da, wo ich mitarbeiten kann? Hier wird unser Schicksal und das unserer Kinder entschieden und nicht in der Emigration in Zürich, Prag, Wien oder Paris. Die über die Grenze gegangen sind, haben das Recht verwirkt, über Deutschland zu reden und zu schreiben.

Sie sind viel zu schnell über die Grenze gegangen, den meisten wäre kein Haar gekrümmt worden, wie hier Kameraden kein Haar gekrümmt wurde, die hier geblieben sind. Natürlich gibt es Konzentrationslager, aber siehe oben: eine Revolution wird nicht mit Rosenwasser gemacht.

Ich bin nicht Mitglied der NSDAP, wie ihr im Ausland verbreitet. Ich bin nicht „zum Dichter des

Faschismus herabgesunken“, wie du es im letzten Brief so poetisch umschreibst. Ich habe viel erlebt und gelernt, und das verdet ihr nächsten in einem Roman lesen können. Ich bin auch nicht Redakteur oder Angestellter, ich bin freier Schriftsteller und muß mir mein Brot jeden Tag neu verdienen. Verziehe nicht dein Gesicht, mir erscheint das wichtig genug, einmal gesagt zu werden. Noch wichtiger aber erscheint mir eine Feststellung zu sein, nämlich: in meinem Wirkungskreis als Mitglied des Hauptvorstandes Deutscher Schriftsteller habe ich selten so saubere, anständige und im tiefsten Sinne gläubige Kameraden getroffen wie unter den Nationalsozialisten!

Wir sind alt genug geworden, um die Menschen nicht nach ihren Worten und Wünschen zu beurteilen. Wir beurteilen sie nach ihren Taten. Und für mich als alten Sozialisten, als Sohn eines Maurers, als Menschen, der lange Jahre in den Fabriken geschaffet hat, waren zwei Dinge für meine Einstellung entscheidend, erstens: die Einigung Deutschlands durch die Nationalsozialisten, und zweitens: das Zurückdrücken der Arbeit in das Zentrum der Betrachtung. Der deutsche Arbeiter hat die Parolen des 1. Mai: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ und „In Zukunft wird es nur noch einen Adel geben — den der Arbeit!“ nicht vergessen und wird sie auch niemals vergessen. Sie sind unverwischbar in ihre Herzen und Hirne geschrieben. Und sie wirken sich aus in den Fabriken und Betrieben.

Die Arbeit, und sei es die schwere am laufenden Band, ist aus dem Dunstkreis des bloßen Geldverdienens herausgerückt. Sie ist Dienst am Volke, und auch der Unternehmer muß sich den neuen Gesetzen beugen und kann nicht mehr sein der „Blutsauger, der seine Hände im Schweiß des Volkes wäscht, um sie dann als ausgepreßte Zitrone auf den Schutthaufen zu werfen“ — um noch einmal an die altgewohnten Versammlungssreden zu erinnern.

Ich kenne nicht die Pläne und Absichten der Regierung, aber das weiß ich, das wissen die Kameraden, die sich wie ich entschieden haben und die sich noch entscheiden werden: in Deutschland stoßen die Dinge viel zu hart aufeinander, um nicht planvoll geordnet werden zu müssen.

Wie kann ich dir alten Revolutionsbummler klar machen, daß wir jetzt bei uns die dritte europäische Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts erleben und noch mitten drin stehen? Wir beide kennen die russische Revolution und auch die italienische. Runzle nicht deine Denkerstirn, wenn ich behaupte, daß bei uns die Dinge viel gründlicher gemacht werden müssen als in Italien und in Rußland. Rußland

war mehr als hundert Jahre zurück in der Entwicklung, Rußland wird erdrückt von seiner Vergangenheit, wird erdrückt vom Raum seiner Fläche und muß jetzt nach sechzehn Jahren noch experimentieren, während wir schon lange fertig sind, technisch und seelisch.

Seelisch fertig machen, klingt vielleicht zu militärisch und ist auch zu schnell hingeschrieben, aber unsere Revolution ist auch eine seelische Umwälzung und erzwingt die Sammlung und Einigung des ganzen Volkes, den Verständigung zwischen den Klassen und Ständen, den notwendigen Ausgleich zwischen Stadt und Land.

Das sind die Energien, die hier die Menschen umwandeln, ob sie wollen oder sich dagegen stemmen. Das sind Männerangelegenheiten. Und Männer sind ewige Soldaten. Sie müssen mobilisiert werden. Und sie sind mobilisiert worden, wenn auch nicht mit Maschinengewehren, Geschützen und Bombenflugzeugen, wie im Ausland verbreitet wird. Sie sind mobilisiert worden in den singenden und marschierenden Kolonnen der deutschen Revolution, und zwei Losungen stehen auf ihren Fahnen: Vaterland und Sozialismus.

Ich habe Aufmärsche in Leningrad und Moskau miterlebt, aber die Erinnerung verblaßt vor dem Festzug und Aufmarsch der Arbeit am 1. Mai in Berlin. Lieber Freund, das war keine „gigantische Mache des Propagandaministeriums“, wie du so überlegen schreibst. Der Minister Goebbels kann sehr viel, aber er kann nicht eine Million fünfthunderttausend Menschen aus der Steinwüste Berlin stampfen, sie singend durch die Straßen ziehen lassen, um dann auf dem Tempelhofer Feld, diesem Marsfeld der friedlichen Arbeit, das Pfingstwunder der Einwanderung hervorzuzaubern.

Am 1. Mai 1933 gewann Hitler die deutschen Arbeiter für sich. Die Gewerkschaften fielen ihm am nächsten Tag als überreife Früchte in die Hand. Gegen die alten Arbeiterparteien ist die NSDAP eine blühende Frühlingsschwärze.

Läßt die Toten ihre Toten begraben! Begreifst du nun, warum ich, warum viele deiner alten Freunde, warum die deutschen Arbeiter nicht nur mit dem Gehirn diese Revolution bejahen? Wir sind andere Wege gegangen, sie führten zu keinem Ziel, wir kehrten um und sahen einen neuen Weg.

Jahrzehnte waren wir in Treue und Freundschaft verbunden, wir brauchen unsere Vergangenheit nicht zu verleugnen. Wir sind auch keine Ueberläufer. Wir lieben unser Land und unser Volk. Ja, es war für uns ein weiter Weg nach Deutschland. Aber dort liegt unser Herz.

Salute und alles Gute! Max Barthel.

Interesse der Arbeiterschaft unbedingt notwendig sein. Der besonderen Fürsorge bedürfen diejenigen Arbeiterinnen, die vor und nach der Niederkunft stehen. Hier werden weitestgehende Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen, denn der Nationalsozialismus sieht gerade in der jungen Mutter einen besonders wertvollen Teil des Volksganzes, der jedes Schutzes bedarf. Vom gesundheitlichen Wohlergehen der jungen Mutter und der Kinder in den ersten Jahren hängt für jede Familie zu einem sehr wesentlichen Teil das eheliche Glück auch für die spätere Lebenszeit ab. Schließlich seien noch die Fragen der Sonntagsarbeit, des Ladenschlusses und des genügenden Urlaubs erwähnt, die einer befriedigenden Regelung bedürfen.

Vorstehend konnten nur die wesentlichsten Punkte skizzenhaft angedeutet werden. Das ganze Gebiet des Arbeiterschutzes gewissenhaft und im Geist eines christlichen deutschen Sozialismus neu zu gestalten, ist der Wille der neuen Gewerkschaftsleitung. Dieser Wille wird so schnell in die Tat umgesetzt werden, wie dies bei der traurigen Erbschaft, die der Nationalsozialismus nach jahrelanger roter Mißwirtschaft vorfindet, möglich ist.

Amt für Arbeiterschutz im Gesamtverband der Deutschen Arbeiterverbände. gez. Reichnow.

Grundsätze der deutschen Außenhandelspolitik

Der Direktor des Außenpolitischen Amtes der NSDAP., Werner Daitz, verbreitet sich in einem Aufsatz über die Grundsätze der neuen deutschen Außenhandelspolitik. Wir entnehmen diesem Aufsatz folgende charakteristische Stellen:

„Der nahezu unentwirrbare Knäuel von Außenhandels-, Zahlungsbilanz-, Schulden- und Währungsschwierigkeiten kann nur dadurch wieder geordnet oder zu einer ordnungsmäßigen Liquidation geführt werden, daß man den Volkswirtschaften als den ewigen Produzenten aller Güter und ihrer Ethik des zwischenstaatlichen Handels und Verkehrs einräumt. Nur dann kann wieder eine geordnete Weltwirtschaft entstehen, wenn sich diese aus gemeinnützigen Volkswirtschaften als Fundament zusammensetzt. Erst mit ihren Überschüssen und mit ihren Spitzenleistungen sollen die Volkswirtschaften dann in den Austausch miteinander treten. Und auch hier nur nach den vier Grundsätzen, die vorher unter den beiden Gesichtspunkten safety first and fair play charakterisierten. Nur so wird wieder eine Weltwirtschaft entstehen, die unendlich konsolidierter ist als die heutige, weil sie auf der natürlichen Logik der Dinge und nicht auf einer trügerischen Ideologie aufgebaut wird. Der unter diesen Prinzipien einsetzende Welt- handel und Verkehr wird keinesfalls ein geringerer sein als der heutige, sondern im Gegenteil ein größerer, weil er auf dem Grundsatz der Gerechtigkeit und des wirklichen Interessenausgleichs der Völker aufgerichtet wird. Ein solcher Welthandel und Verkehr, der die Freiheit eines jeden einzelnen Volkes respektiert und sich zum Diener der wirtschaftlichen Interessen der Völker macht, statt sich zu ihrem Herrn aufzuwerfen, ein solcher wahrhaft schöpferischer Neuaufbau der Weltwirtschaft wird zugleich auch unendlich viel zur Befriedigung der Weltwirtschaft beitragen. Erst die klare Erkenntnis der Volkswirtschaften als der unvergänglichen Fundamente allen zwischenstaatlichen Handels und Verkehrs, und die sich hieraus ergebende logische Klärung und freimütige Offenlegung aller zwischenstaatlichen Interessen wird den Weltwirtschaftsfrieden bringen, den alle ersehnen und der auch in der großen außenpolitischen Rede des Reichskanzlers zur Sicherung des allgemeinen Wohles der Welt gefordert wurde.“

Die Bautätigkeit nimmt zu!

Der Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung bringt eine Reihe wichtiger Angaben über die Bauwirtschaft, die zu berechtigten Hoffnungen Anlaß geben. Trotz aller Besserungsanzeichen war um die Mitte des Monats Mai noch nicht zu erkennen, ob das Jahr 1933 gegenüber dem Jahre 1932 eine Besserung der Bautätigkeit bringen würde. Der Bruttowert der baugeverbliebenen Produktion war in vorausgegangenen Jahren von 8,9 Milliarden \mathcal{M} . im Jahre 1929 auf 7,1 Milliarden im Jahre 1930 gesunken, er sank weiter auf 4,0 Milliarden im Jahre 1931 und auf 2,1 Milliarden im Jahre 1932. Noch bis Mitte Mai des Jahres mußte man annehmen, daß auch das Jahr 1933 ein Jahr des tiefsten Standes bleiben würde. Die Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, besonders die Auswirkungen, die das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 noch bringen wird, sollen eine entscheidende Wendung zum Besseren bringen. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt den Wert der baugeverbliebenen Produktion für das Jahr 1933 auf 3 bis 3,5 Milliarden \mathcal{M} . Damit wäre der Tiefpunkt im Baugewerbe überwunden und nahezu der Stand des Jahres 1931 wieder erreicht.

Der Bericht des Instituts bringt neben den Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Bautätigkeit auch Angaben über die Baustandlage. So war zum Beispiel der Absatz der Zementfabriken vom Januar bis Mai um 19 % höher als im Vorjahre, der Absatz von Brannkalk ist von Januar bis März (einschließlich) um 37 % größer gewesen als in derselben Zeit des Jahres 1932. Auch die Ziegelindustrie war in den ersten Monaten dieses Jahres um ein Drittel besser beschäftigt als im Vorjahre. Die Belebung der Bautätigkeit hat sich aber nicht gleichmäßig in allen ihren Zweigen durchgesetzt. Die gewerbliche Bautätigkeit ist nach wie vor gering. Der Wohnungsbau weist einige Besserungen auf. Die Baubeginne und auch die Fertigstellung von Wohnungen zeigen steigende Linie. Die Besserung ist hervorgerufen durch die Maßnahmen der Regierung zur Förderung der Hausinstandsetzungsarbeiten, Wohnungsteilungen und Umbauten gewerblicher Räume zu Wohnungen, ferner durch die starke Förderung der vorstädtischen Kleinsiedlung und die Eigenheimbauaktion des Reiches. Die größte Zunahme der Bautätigkeit wird auf den Tiefbau entfallen. Der Produktionswert des Tiefbaues wird von dem Institut für Konjunkturforschung für 1933 auf rund 2 Milliarden \mathcal{M} ge-

schätzt, was gegenüber dem Jahre 1932 eine Verdoppelung bedeuten würde. Damit hätte der Tiefbau den Hochbau überflügelt; ein Ereignis, das wohl sehr selten sein dürfte.

Ueber die Verteilung der Reichsmittel aus dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Zweige der Bauwirtschaft berichten wir nach Erlaß der Ausführungsbestimmungen.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Der Reichsbund des Deutschen Baugewerbes hat an den Reichsarbeitsminister und den Kommissar für den gewerblichen Mittelstand im Reichswirtschaftsministerium eine Eingabe gerichtet. Er beantragt eine Verschärfung der seitherigen Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit. In den Richtlinien über die Gewährung von Reichsmitteln bei Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden ist bereits eine Bestimmung enthalten, die besagt, daß „Arbeiten, die in Schwarzarbeit ausgeführt“ sind, nicht berücksichtigt werden dürfen. Rechnungen dürfen nur anerkannt werden, wenn der Gewerbebetrieb des Ausstellers polizeilich gemeldet ist. Nach den Erfahrungen, die der Reichsbund für das Baugewerbe gemacht hat, ist diese Vorschrift ungenügend, weil für jeden Bauarbeiter, der Schwarzarbeit ausführen will, die Möglichkeit besteht, sein Gewerbe anzumelden und nach Erledigung der Arbeiten wieder abzumelden. Der Reichsbund beantragt deshalb, künftig nur noch solche Betriebe zu berücksichtigen, die schon vor dem Erlaß der Richtlinien für die Beschussung bei Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden, bei der Gewerbebehörde, Handwerkskammer oder Industrie- und Handelskammer gemeldet wurde. Darüber hinaus wird angeregt, die Sperre für die Errichtung von Einzelhandelsgeschäften auch auf die Errichtung von Baugeschäften auszudehnen. Außerdem enthält die Eingabe den Wunsch, daß künftig Bauarbeiten, die mit Zuschüssen des Reiches ermöglicht werden, nur solchen Unternehmern zu geben sind, die auch Tarifföhne zahlen.

Wir wissen, daß die Krise auch die Bauunternehmer schwer bedrängt. Trotz des gewaltigen Rückganges der Bautätigkeit ist aber die Zahl der Bauunternehmungen noch gestiegen. Im Januar 1927 wurden für Hoch- und Tiefbau von den Berufsgenossenschaften 188 783 Betriebe mit 1 360 744 Vollarbeitern gemeldet, das sind 7,2 Vollarbeiter auf einen Betrieb. Im Jahre 1931 gab es 199 398 Betriebe mit nur 705 456 Vollarbeitern, das sind je Betrieb nur noch 3,5 Vollarbeiter. Ob aber die Sperre für die Anmeldung von Baubetrieben der richtige Weg sein wird, bezweifeln wir. Vermehrung der Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe, wie sie jetzt durch die Maßnahmen der Reichsregierung in Aussicht stehen, ist das beste Mittel gegen die Schwarzarbeit! Daneben noch Zahlung der Tarifföhne, wie es der Reichsbund für das Baugewerbe in seiner Eingabe wünscht, dann wird die übergroße Mehrzahl der Bauarbeiter auf die Anmeldung eines Gewerbes gern verzichten. Für Poliere und Gesellen muß die Möglichkeit bestehen bleiben, selbständig zu werden; sind doch 75 % der heutigen Bauunternehmer auf dieselbe Weise zu Unternehmern geworden!

Selbständiges Handwerk und Bauhütten

Der Leiter und Sonderbeauftragte des Verbandes sozialer Baubetriebe, Architekt Franz Strasser, legt kürzlich die Grundgedanken für die Weiterführung der Bauhütten dar (siehe „Grundstein“ Nr. 23 „Wochenrundschaу für das Baugewerbe“), wobei er versichert, daß ein unbilliger Wettbewerb mit dem Handwerk vermieden werden soll. In diesem Sinne wurde eine Besprechung zwischen der Leitung des Verbandes der sozialen Baubetriebe und der Geschäftsleitung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks abgehalten. Gegenstand der Aussprache war die Beilegung etwaiger auftretender Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialen Baubetrieben und den Körperschaften und Baubetrieben des Handwerks. Es wurde festgestellt, daß die künftige Tätigkeit der so-

Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit

DLD

zialen Baubetriebe sich in engstem Einvernehmen mit dem Reichsverband des Deutschen Handwerks regelt. Zu diesem Zweck wird als Verbindungsmann zwischen den beiden Organisationen Privatdozent Dr. Hotz vom Deutschen Handwerksinstitut Hannover als besonderer Sachkenner der Bauwirtschaft bestellt. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß insbesondere die überflüssigen, den Bauhütten angegliederten Nebenbetriebe, die insbesondere die Arbeiten des Bau- und Nebengewerbes ausübt haben (Tischlerei-, Töpferei-, Glaser-, Malerei-, Klempnerbetriebe u. a.) in absehbarer Zeit und nach Lage der Abwicklungsverhältnisse beseitigt werden, so daß diese Arbeiten in Zukunft dem selbständigen Handwerk ausschließlich wieder zufließen. Ferner herrscht Übereinstimmung darüber, daß die kleinen Bauhütten möglichst bald abgebaut und aufgelöst werden. Die Leitung des Verbandes sozialer Baubetriebe beabsichtigt ferner, die Architekturbüros restlos zu beseitigen. Soweit aus den Kreisen des selbständigen Bauhaupt- und Bau- und Nebengewerbes irgendwelche Beschwerden über die Tätigkeit der Bauhütten und ihre Konkurrenz gegenüber dem selbständigen Bauhandwerk vorliegen, ist vereinbart, daß begründete Beschwerden nur über den Reichsverband des Deutschen Handwerks im engsten Einvernehmen mit der Leitung des Verbandes sozialer Baubetriebe geprüft und erledigt werden.

Allgemeinverbindliche Lohn- und Arbeitsverträge

In nachstehenden bezirklichen Vertragsgebieten sind die Löhne für allgemeinverbindlich erklärt worden: Grenzmark, Nordwestdeutschland-Kassel, Thüringen, Siegen, Hanau, Baden und Vorderpfalz.

Aus der Sozialgesetzgebung

Gegen den Mietwucher.
Der preussische Justizminister hat an seine Dienststellen folgende Verfügung erlassen: Die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und die Lockerung des Mieterschutzes bringt infolge der durch die wirtschaftliche Not des Volkes sich steigernden Nachfrage nach kleinen Wohnungen die Gefahr ungerechtfertigter Erhöhung der Mieten mit sich. Es sind mir auch in letzter Zeit wiederholt Klagen darüber zugegangen, daß bei der Vermietung von Wohnungen unrichtige Angaben über die Friedensmiete gemacht und — namentlich für gewerbliche Räume — Mieten gefordert würden, die hoch über der Friedensmiete lägen. Ich ersuche die Staatsanwaltschaften, Strafsachen dieser Art ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und jeden Versuch, die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft zu einer ungerechtfertigten Mietsteigerung zu mißbrauchen oder sich durch unangemessen hohe Mieten auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern, mit Entschiedenheit zu bekämpfen. Für die Durchführung des Strafverfahrens ist die Auswahl geeigneter, in jeder Beziehung unabhängiger Sachverständiger von großer Bedeutung. Es wird darauf zu achten sein, daß die Sachverständigen nicht nur über die notwendigen wirtschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, sondern vor allem auch in echter Volkverbundenheit das richtige Empfinden für die Grenze des Erlaubten haben und so dem Gewissen der Nation Ausdruck verleihen.

Versicherte aufgepaßt!
Vergehen von Versicherten gegen die Bestimmungen der Sozialgesetzgebung waren bereits immer unter Strafe gestellt. Namentlich haben jene Bestimmungen einen Zusatz erhalten, der lautet: „In besonders schweren Fällen tritt an die Stelle der Gefängnisstrafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren; ein besonders schwerer Fall liegt insbesondere dann vor, wenn die Tat das Wohl des Volkes geschädigt oder einen anderen besonders großen Schaden zur Folge gehabt oder der Täter besonders arglistig gehandelt hat.“ Es muß sittliche Pflicht jedes Sozialversicherten sein, Handlungen, die die Sozialeinrichtungen und damit die Mitversicherten schädigen, von sich zu weisen.

Aus den Baugewerkschaften

Dresden. Der vom Beauftragten der NSBO. eingesetzte Leiter der Baugewerkschaft berichtet, daß bei Übernahme der Baugewerkschaft am 26. April (17. Beitragswoche) an Beiträgen rund 285 M vereinnahmt wurden. Fast 2500 Mitglieder waren mit ihren Beiträgen im Rückstand. Durch geeignete Maßnahmen gelang es, von Woche zu Woche die Einnahmen zu steigern. In der 18. Beitragswoche wurden rund 950 M eingenommen, in der 19. und 20. je 1300 M , in der 21. Woche 1800 M , in der 22. Woche 2900 M , in der 23. Woche 2000 M und in der 24. Woche 2900 M . Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 300. — Vor der Übernahme beklagten sich vielfach Kollegen über die Behandlung. Sehr oft können wir heute hören: „Jetzt werden wir anständig behandelt, jetzt können wir wieder gern her.“ Daraus hat sich allgemein ein großes Vertrauen innerhalb der Mitgliedschaft zur Leitung der Baugewerkschaft ergeben. Mancher, der uns bisher noch mit Widerwillen gegenüberstand, ist bereits bekehrt worden und der Auffassung, daß jetzt die Leitung der Gewerkschaften in den richtigen Händen ist.

Meinigen (Fritz Affmus aus dem Leben geschieden). Unser langjähriger Geschäftsführer, Kollege Fritz Affmus, geboren am 21. Oktober 1884, ist am 1. Juni 1933 durch Freitod aus dem Leben geschieden. Die Ursache seines Freitodes sind zwei Motorradunfälle im Dienste des Bundes. Den ersten erlitt er am 2. Oktober 1932, den zweiten wenige Monate später, am 8. Mai 1933, wobei er eine Gehirnerschütterung erlitt. Von diesem Unfall erholte er sich nicht mehr genügend, so daß er wohl den Glauben an völlige Genesung verlor. Fritz Affmus war seit dem 1. Januar 1920, also mehr als 13 Jahre, unser

Geschäftsführer; er versah sein Amt mit Umsicht und in voller Bereitschaft, dorthin zu gehen, wohin ihn die Pflicht rief. Er hat nicht auf leichtem Posten gestanden. Unser Gebiet ist zum Teil recht schwer zu bearbeitender Boden. Aber Fritz Affmus verstand es immer, sich durchzusetzen und die Interessen der Bauarbeiter zu wahren. Mit Fritz Affmus ist ein Freund und Mitkämpfer dahingegangen, dem die Bauarbeiter unseres Bezirks viel zu danken haben. Sein Name wird eingetragenermaßen in die Geschichte der Bauarbeiterbewegung unseres thüringischen Bezirks. Sein Andenken stets in Ehren zu halten, ist unser aller Pflicht!

In sieben Tagen . . .

Die deutsche Delegation von Genf abgereist. Man hat in unseren Kreisen die Zusammenkunft in Genf mit Recht als die „rote Internationale“ bezeichnet. Als in der letzten Zeit die Angriffe und Flegelziele der gesamten Sozialdemokraten, besonders aber der verbliebenen Reste der deutschen SPD, in Prag, immer größere Formen annahm, hat die Arbeitnehmergruppe der deutschen Arbeitervertreter, unter Führung von Pg. Dr. Ley, der Leitung der Tagung androht, an derselben nicht mehr länger teilzunehmen. Diese Androhung wurde sogar dahingehend beantwortet, daß man die Vertreter der deutschen Regierung, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von den einzelnen Sitzungen ausschloß. Daraufhin ist dem Vorsitzenden der Internationalen Arbeitskonferenz runderweg mitgeteilt worden, daß sämtliche deutschen Vertreter die Tagung verlassen und von Genf abreisen. Die Wutausbrüche der roten Herrschaften über diesen Schritt haben hysterische Formen angenommen. Der deutsche Arbeitnehmer hat aber heute kein Interesse mehr an der internationalen Verzweiflung, zumal er weiß, daß in den letzten 14 Jahren die Internationale gerade für ihn nie eingetreten ist. Inzwischen haben in allen Teilen des Reiches große Kundgebungen der Arbeitsfront stattgefunden, deren Zehntausende von Teilnehmern sich rückhaltlos hinter die deutsche Delegation und hinter den deutschen Führer Pg. Dr. Ley gestellt haben. Die deutschen Arbeitnehmer haben in Genf nichts verloren. Der Aufbau geht weiter!

Aus dem Arbeitskonvent ausgestoßen! Der Führer der Deutschen Arbeitsfront hat verfügt: „Es ist der Wille des Führers, daß außer der Deutschen Arbeitsfront keinerlei Organisationen mehr weder der Arbeitnehmer noch Arbeitgeber existieren. Ausgenommen sind der Staatliche Aufbau und Organisationen, die einzig und allein der Fortbildung im Beruf dienen. Alle übrigen Vereine, auch sogenannte katholische und evangelische Arbeitervereine, sind als Staatsfeinde zu betrachten, weil sie den großen Aufbau hindern und hemmen. Deshalb gilt ihnen unser Kampf, und es ist höchste Zeit, daß sie verschwinden.“ — Anlaßlich der Verfügung sind alle Dienststellen der christlichen Gewerkschaften und der Angestelltenverbände mit Nationalsozialisten besetzt worden. Die Mitglieder des Großen Arbeitskonvents der Deutschen Arbeitsfront, Bernhard Otte, Friedrich Baltrusch, Dr. Theodor Brauer, Franz Behrens, Stegerwald, Imbusch und andere bisherige Führer der christlichen Gewerkschaften sind aus der Deutschen Arbeitsfront ausgestoßen worden. Hierdurch soll ausgedrückt werden, daß jeder, der es wagt, den großen revolutionären Aufbau unserer Nation anzutasten, für alle Zeit geächtet wird.

Für Bevorratung der Kinderreichen. Bei einer in Stuttgart abgehaltenen Versammlung der Kinderreichen Deutschlands, Landesverband Württemberg-Hohenzollern, kündigte der Staatskommissar für Gesundheitspflege in Württemberg, Dr. Stähle, eine bevorzugte Stellung und Behandlung der Kinderreichen im neuen Staate an. Statt der engen Stockwerkwohnungen müssen für solche Familien Heimstätten mit Garten geschaffen werden. In dieser Richtung seien von der Reichsregierung demnächst eine Anzahl neuer Gesetze zu erwarten.

Neugestaltung der Sonntagsruhe. Nach einer Mitteilung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks hat der Reichsarbeitsminister angekündigt, daß in Kürze Verhandlungen über die Neugestaltung der Vorschriften über Sonntagsruhe und Ladenschluß stattfinden sollen und daß die Vertreter des Handwerks zu diesen Verhandlungen hinzugezogen werden.

Beamtenbestechung durch eine Tiefbaufirma. Vor einigen Tagen sind die beiden Inhaber der Steinsetzfirmen Paul Gresitz in Berlin-Steglitz festgenommen worden. Stadtoberingenieur Rings vom Tiefbauamt Tempelhof, der sich schon länger in Haft befindet, hat eingestanden, von einem der Inhaber der Firma mehrfach Zuwendungen entgegengenommen zu haben. Voraussichtlich werden in dieser Angelegenheit noch weitere Personen festgenommen.

Führerin des Alldeutschen Verbandes festgenommen. Vor einigen Tagen ist die Diplom-Volkswirtin Irmgard Wrede aus Breslau festgenommen worden. Sie unter dem dringenden Verdacht steht, in Wort und Schrift Mitglieder der Reichsregierung und Führer der nationalsozialistischen Bewegung verächtlich gemacht zu haben. Irmgard Wrede ist Führerin des Alldeutschen Verbandes für Ober- und Niederschlesien, Führerin des Landesfrauenausschusses für Mittel-, Schlesien und Mitglied des Reichsfrauenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei.

Die SPD verboten. Der Reichsminister des Innern hat am 23. Juni die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verboten. In einer Entscheidung an die Länderregierungen ersucht der Reichsminister, zu veranlassen, daß das Verbot durchgeführt wird. Als Begründung des Verbots werden die einwandfreien hochverräterischen Ziele der SPD, an Hand des beschlagnahmten Materials angegeben.

Deutschnationaler Kampfbund verboten. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß, nachdem der Deutschnationale Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes bereits mit dem Verbot der Deutschnationalen Kampfringe und des Bismarck-Bundes aufgelöst worden ist,

dem Deutschnationalen Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes die offizielle Verbotsverfügung des Preussischen Ministerpräsidenten zugeleitet wurde. Die Geschäftsräume des Verbandes in Berlin sind polizeilich geschlossen und besetzt worden.

Mit 700 000 M geflohen. Beim Deutschen Freidenkerverband, der seine Hauptniederlassung in Berlin hat, sind riesige Veruntreuungen aufgedeckt worden, die nach den bisherigen Feststellungen die Summe von 700 000 M erreichen. Die Schuldigen, die beiden Vorstandsmitglieder Sievers und Graul, sind seit einigen Tagen flüchtig. Wie die Bücher ergaben, hatten sie sogar 900 000 M veruntreut, von denen jedoch 200 000 M noch rechtzeitig durch Beschlagnahme ihrer Konten sichergestellt wurden.

Aktion gegen die Bayerische Volkspartei. Ähnlich wie gegen die Deutschnationalen Kampfringe, die in ganz Preußen aufgelöst und verboten wurden, ist vor einigen Tagen eine große Aktion gegen die Bayerische Volkspartei durchgeführt worden. In verschiedenen Diensträumen in München und anderen Städten Bayerns wurden die Büros besetzt und reichliches Aktenmaterial beschlagnahmt. Es wird angenommen, daß einwandfreie Verbindungen von der Bayerischen Volkspartei nach Wien bestehen und daß das dortige Verbot der NSDAP zum Teil auf Betreiben der Münchener Kreise zurückzuführen ist.

Katholischer Geistlicher verhaftet. Im Rheinland wurde der katholische Kaplan Dressler von der Polizei in Haft genommen und in das gerichtsgängige Ländchen eingeliefert. Es wird ihm vorgeworfen, sich staatsfeindlich betätigt zu haben.

Amisitz der Reichsstatthalter. Nach einem vom Reichskanzler unterzeichneten Erlaß haben die ernannten Reichsstatthalter folgenden Wohnsitz: Für Mecklenburg-Schwerin, Lübeck und Mecklenburg-Strelitz in Schwerin, für Oldenburg und Bremen in Bremen, für Braunschweig und Anhalt in Dessau und für Lippe und Schaumburg-Lippe in Detmold.

„Der Deutsche“ verboten. Mit der Auflösung der christlichen Gewerkschaften durch die Deutsche Arbeitsfront ist auch die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, am Sonnabend, dem 24. Juni 1933, verboten worden. „Der Deutsche“ hat sein Erscheinen eingestellt.

Für Kelle und Hammer

Durchführungs- und Ergänzungsverordnung über die vereinfachte Abwicklung von Bausparverträgen vom 9. Juni 1933. Nach Prüfung der Bausparkassen wurde eine Reihe von ungesunden Unternehmen der Geschäftsbetrieb untersagt. Dieser Eingriff in das Rechtsverhältnis zwischen Bausparkassen und Bausparern mußte unternommen werden, um für die Bausparer das Vermögen der Kassen zu retten. Naturgemäß entstanden dadurch für die Bausparer eine Reihe von Zweifelsfragen. Unter anderen bestand Unklarheit, ob der Bausparer auch dann noch fällige Zahlungen zu leisten habe, wenn der Bausparkasse der Geschäftsbetrieb schon untersagt war, er also keine Aussichten auf spätere Zuteilung von Baugeld mehr haben konnte. Die genannte Verordnung des Reichswirtschaftsministers regelt diese und eine Reihe anderer Zweifelsfragen. Die Bausparer sind von der Zahlung weiterer Beiträge befreit, wenn der Kasse der Geschäftsbetrieb untersagt ist oder die vereinfachte Abwicklung angeordnet wurde. Die Verordnung ist am 16. Juni 1933 in Kraft getreten. Unberührt bleiben Anerkennnisse, Vergleiche und rechtskräftige Urteile. Wo bereits ein Abwicklungsplan festgelegt worden ist, der von den Vorschriften der Verordnung abweicht, soll der Plan bestehen bleiben, wenn seine Aenderung eine unverhältnismäßige Mühewaltung verursachen würde. — Nachdem nunmehr über alle Rechtsfragen des Bausparwesens Klarheit besteht, darf die Krise der Bewegung als überwunden betrachtet werden. Im Interesse der Bausparer, des Wohnungsbaues, und nicht zuletzt der Bauarbeiter, wünschen wir der Fortentwicklung der Bausparbewegung besten Erfolg!

Kalkabsatz. Im April wurden abgesetzt: Branntkalk 263 466 t, kohlenaurer Kalk 43 479 t, Rohsteine 117 122 t.

Mittel zur Förderung des Eigenheimbaues. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat Mittel zur Förderung des Eigenheimbaues zur Verfügung gestellt. Hierbei handelt es sich um Darlehen in Höhe von 800 M für jedes Eigenheim. Beim Einbau einer Einliegerwohnung erhöht sich das Darlehen auf 1200 M . Die Verzinsung und Tilgung beträgt je 2%, insgesamt 4%.

Das geplante Netz der Autobahnen. Dem Reichskanzler sind von dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Autostraßengesellschaft Hamburg-Frankfurt-Basel („Hafra“) Hof, Pläne eines deutschen Autobahnnetzes vorgelegt worden, die als Grundlage für das endgültige Netz anzusehen sind. Es handelt sich hierbei um zwei Nord-Süd-Linien, drei West-Ost-Linien und eine Diagonale. Als maßgebliche Nord-Süd-Linie gilt die „Hafra“, die Autobahn zwischen den Hansestädten (Lübeck, Hamburg, Bremen), Hannover, Kassel, Marburg, Gießen, Frankfurt a.M. (Mainz, Wiesbaden), Darmstadt, Mannheim-Heidelberg, Karlsruhe, Baden, Basel (Mailand, Genua). Die zweite Nord-Süd-Linie verläuft als Parallele der „Hafra“ von Tilsit (Königsberg, Danzig) Stettin über Berlin nach Leipzig (Einschluß der Autobahn Leipzig-Halle), Altona, Greiz, Plauen, Hof, Bayreuth, Nürnberg, Augsburg, München (Yenedig). Die erste West-Ost-Linie beginnt bei Aachen (holländisch-belgische Grenze) und geht über Köln, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Detmold, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Brandenburg, nach Berlin und Richtung Polen, zwischen Küstrin und Frankfurt an der Oder hindurch. Von Köln aus ist außerdem noch eine Verbindungsstrecke durch das Industriegebiet an Sieg und Lahn mit der „Hafra“ vorgesehen. Die zweite West-Ost-Linie verbindet das Saargebiet über das sächsische Industriegebiet mit Oberschlesien und verläuft von Saarbrücken über Kaiserslautern und

Mainz-Wiesbaden nach Frankfurt am Main, Hanau, Fulda, Weimar, Erfurt, Leipzig, Pirna, Dresden, Görlitz, Liegnitz, Breslau, Ohlau, Brieg, Oppeln-Gleiwitz-Beuthen. Die dritte West-Ost-Linie zieht sich von Saarbrücken aus über Landau, Brudsal, Ludwigsburg, Stuttgart, Eßlingen, Ulm, München, Berdtesgaden (Salzburg, Wien) entlang. Die Diagonale wird Hamburg mit Wittenberg, Spandau, Berlin, Guben, Glogau und Breslau (Oberschlesien) verbinden.

Zementabsatz im Mai. Im Mai hat sich der Zementabsatz auf 389 000 Tonnen belaufen gegenüber 310 000 Tonnen im April 1933 und gegenüber 325 000 Tonnen im Mai 1932. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1933 betrug der Zementabsatz 1 235 000 Tonnen, 1932: 1 051 000 Tonnen, 1931: 1 546 000 Tonnen und 1930: 2 407 000 Tonnen. Bei der Beurteilung der Zahlen des Jahres 1933 bleibt zu beachten, daß in der diesjährigen Absatzmenge auch im Vorjahr als Außenseiter liefernde und daher statistisch nicht miterefaßte Firmen enthalten sind. Es darf überdies nicht außer acht gelassen werden, daß die Absatzbesserung in den verschiedenen Verkaufsgebieten nicht einheitlich ist.

Zinsverbilligung für Meliorationskredite. Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, von Rohrer, hat in einem Schreiben an die Landesregierungen davon Mitteilung gemacht, daß die Zinsen der Meliorationsdarlehen vom 1. April 1933 an auf 3 % zuzüglich 1/2 % Verwaltungskostenbeitrag ermäßigt worden sind, um die Ausführung landwirtschaftlicher Bodenverbesserungen zu fördern.

Steigende Beschäftigung in der Bauwirtschaft. Im April 1933 hat sich innerhalb der Produktionsgüterindustrie die Beschäftigung vor allem in der Bauwirtschaft erhöht. Im Baugewerbe ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter seit Februar um rund 11 % der Höchstbeschäftigung gegen rund 5 % im Vorjahre gestiegen. In den Baustoffindustrien hat die Beschäftigung zum Teil stärker als im Vorjahre zugenommen, so in den Industriezweigen, die Gips, Dachpappe, Ziegel, Isoliersteine, Dach- und Bodenplatten sowie Parkettstäbe herstellen. Schwächer war die Beschäftigung in der Pflasterstein- und Schotterindustrie, in der Betonindustrie und in den Sägewerken.

Allgemeine Rundschau

Berufsständischer Aufbau bringt Einigung im Baugewerbe. Der beim Reichsverband der Deutschen Industrie eingesetzte Aktionsausschuß zur Vereinheitlichung der industriellen Verbände von Bauunternehmungen hat seine Arbeiten in der Hauptsache beendet. Es gelang ihm, zwischen den Beteiligten eine freiwillige Uebereinkunft zu erzielen, wonach die trotz ihrer nahen Verwandtschaft bisher in vier Fachverbänden organisierten Betriebe des Ingenieurbaus zu einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt werden sollen, und zwar so, daß der gesamte Ingenieurbau künftig in dem neu zu gründenden „Reichsverband des Ingenieurbaus und verwandter Unternehmungen E. V.“ seine berufsständische Organisation im Rahmen des Reichsstandes der deutschen Industrie findet. An der Gründungsversammlung des Einheitsverbandes, in der die Satzung und die zwischen den bisherigen Verbänden und dem neuen Verband zu treffenden Vereinbarungen genehmigt werden sollen, sind beteiligt: Der Reichsverband industrieller Bauunternehmungen, der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes, der Reichsverband für neuzeitlichen Straßenbau und die Vereinigung der Naßbaggerunternehmungen. — Mit der Gründung dieses Einheitsverbandes ist man auf dem Weg zum berufsständischen Aufbau der deutschen Wirtschaft in die fünf großen Berufsstände: Handwerk, Industrie, Handel, Landwirtschaft und freie Berufe einen Schritt weitergekommen. — Das Bauhandwerk sucht in Personalunion mit dem Reichsverband der Bauinnungen die Einheitsorganisation im Rahmen des Reichsstandes der Deutschen Handwerks, so daß an die Stelle der zahlreichen „Spitzenorganisationen“ einzelner Fachgruppen des bauausführenden Gewerbes nunmehr lediglich die beiden großen, hinsichtlich ihrer strukturellen und ökonomischen Bedingungen unterschiedlichen Gruppen „Bauhandwerk“ im Rahmen des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, und „Ingenieurbau“ im Rahmen des Reichsstandes der Deutschen Industrie treten. Diese beiden Gruppen streben auch eine ständige Zusammenarbeit in gemeinsamen Angelegenheiten an.

b. H. in Hannover Max Schneider; das Vorstandsmitglied der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wästenrot in Ludwigsburg (Württ.), Dr. Hermann Schuon; Mathematiker, Vertrauensmann der Kosmos-Bausparkasse A.-G. Stuttgart, Dipl.-Ingenieur Dr. H. Schütze und das Vorstandsmitglied der Bausparkasse Deutsche Baugemeinschaft A.-G. in Leipzig Thomas Weiland.

Geldlotterie der NSDAP. für Arbeit und Brot. Die NSK veröffentlichte eine Bekanntmachung des Reichsschatzmeisters der NSDAP, in der mitgeteilt wird, daß die Reichsleitung in den nächsten Monaten, beginnend am 1. Juli d. J., eine große, im ganzen Reich zugelassene Geldlotterie veranstaltet. Arbeit und Brot nach den Plänen des Führers zu schaffen ist der Zweck. Die Größe der Lotterie und die kurze Durchführungzeit verlangen, daß alle deutschen Volkskreise ihren Opferwillen beweisen. Zur technischen Durchführung ist eine Dienststelle errichtet worden, unter der Bezeichnung „Reichsleitung der NSDAP, Abteilung Lotterie“ mit dem Sitz in München.

Weitere Maßnahmen gegen die Arbeitsnot. Wir von maßgebender Seite erfahren, ist das erste Gesetz zur Arbeitsbeschaffung nur eine Teilmaßnahme. Noch im Laufe dieses Jahres werden weitere Gesetze zur Verminderung der Arbeitslosigkeit folgen.

Bücher und Schriften

Der weiße Magnet. Von Ernst Züchner. Buchergilde Gutenberg, Berlin SW 64, Dreibändert. 5. Mitgliederpreis 2,70 Mk. — Der Verfasser erzählt die Geschichte vierer Expeditionen, angefangen mit dem ersten leichtsinnigen hilflosen Versuchen bis zu den heutigen wissenschaftlich geleiteten, aber trotzdem noch mit Todesopfern verbundenen Entdeckungsreisen. Früher trieb die Gier nach Gold und die Aussicht auf andere Reichtümer die Geldegeber und die Bemannungen der Expeditionsschiffe an. Unter diesem Gesichtspunkt muß wohl auch die Fahrt gevertet werden, die zur Entdeckung Amerikas führte, ferner das Suchen Marco Polos nach einem kurzen Weg nach China, um schneller an die geheimnisvollen Güter dieses Landes heranzukommen zu können. Schiff auf Schiff, Flottille auf Flottille sind seit dieser Zeit in See gerungen, nach Norden, nach Süden, nach Osten. Auto, Flugzeug und Zeppelin kamen hinzu. Von all diesen Dingen erzählt uns Züchner, erzählt von den Anstrengungen der rivalisierenden Nationen, von dem Scheitern der meisten Expeditionen, von den heroischen Bemühungen so mancher Seeleute und Forscher, bis schließlich Nansen neue Wege findet und der wissenschaftlichen Erforschung des Nordpols die Wege bahnt.

ORIENT-TAB. U. CIGART. FABR. „YENIDZE“

3 1/3 A

SALEM GOLD EXTRA MILD

INH. HUGO ZIETZ, G.M.B.H. DRESDEN

Gedenktafel verstorbener Mitglieder

Aitenburg (Schmölln.) **Emil Sauppe**, Maurer, 69 J. Chemnitz. **Max Otto Müller**, Ofensetzer, 59 J. Darmstadt (Ober-Ramstadt). **Wilhelm Mücke**, Hilfsarb., 24 Jahre alt.

Dresden. **Johannes Gruner**, Stukk., 75 Jahre alt. **Erich Güntsch**, Hilfsarb., 27 Jahre alt. **Otto Hausmann**, Hilfsarb., 59 Jahre alt. (Hosterwitz). **Camillo Jakob**, Hilfsarb., 58 Jahre. **Otto Lehmann**, Ofensetzer, 72 Jahre alt. (Radeburg). **Max Pöhlig**, Hilfsarb., 55 Jahre alt. (Klotzsche). **Max Schäfer**, Hilfsarb., 45 Jahre alt. **Anton Wolf**, Zementierer, 65 Jahre alt.

Düsseldorf. **Josef Hauser**, Hilfsarb., 49 Jahre alt. **Franz Müller**, Maurer, 76 Jahre alt. **Mathias Pyls**, Hilfsarb., 50 Jahre alt.

Essen/Ruhr. **Franz Deichsel**, Hilfsarb., 52 Jahre. Frankfurt/M. **Ludwig Fettig**, Hilfsarb., 45 Jahre. (Sulzbach). **Willi Kranz**, Hilfsarb., 28 Jahre alt. (Dietzenbach). **Heinrich Lehr**, Maurer, 65 Jahre. (Sandbach). **Mathias Stockum**, Maurer, 64 J. Hildesheim. **Heinrich Siedentopf**, Dachd., 64 J. Königsberg/Pr. **Karl Horn**, Dachdecker, 69 Jahre. Krefeld. **Gerhard Thissen**, Tiefbauarb., 44 Jahre. Landsberg/W. (Betsche). **Roman Guth**, M., 40 J. Leipzig. **Richard Klemm**, Maurer, 66 Jahre alt. **Alexander Pizarozkyk**, Hilfsarb., 67 Jahre alt. **Albert Schröder**, Maurer, 75 Jahre alt. (Kleinlehne). **Otto Voigt**, Maurer, 60 Jahre alt. Lörrach. **Gottlieb Hürster**, Maurer, 68 Jahre alt. Magdeburg (Gr. Ottersleben). **Gustav Gummert**, Maurer, 75 Jahre alt.

Mainz (Kostheim.) **Friedrich Boller**, Maurer, 59 J. **Mathias Annack**, Asphaltierer, 66 Jahre alt. Mannheim (Fendenheim). **Wihl. Boxheimer**, Maurer, 49 Jahre alt.

Minden (Westendorf). **Heinr. Menthe**, Maur., 73 J. (Bad Oeynhausen.) **Heinrich Stucke**, 73 Jahre. München. **Josef Bartl**, Hilfsarb., 54 Jahre alt. **Clement Berger**, Hilfsarb., 57 Jahre alt. **Lorenz Eckart**, Maurer, 69 Jahre alt. **Carl Helmi**, Hilfsarb., 65 Jahre alt. **Josef Niedermeyer**, Maurer, 65 Jahre alt. Obhausen. **Erich Buhl**, Maurer, 27 Jahre alt. Rathenow. **Otto Fritze**, Maurer, 65 Jahre alt. Stettin. **August Heyn**, Zementierer, 57 Jahre alt. **Franz Kohlheim**, Maurer, 60 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Neuer Bausparkassen-Beirat. Die Amtsdauer der bisherigen Beiratsmitglieder des beim Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung errichteten Beirats für Bausparkassen war durch Gesetz vom 22. April 1933 mit dem Ablauf des 31. Mai für beendet erklärt worden. Der Reichspräsident hat nunmehr die neuen Beiratsmitglieder ernannt. Ihre Amtszeit beginnt mit dem 1. Juni 1933; sie läuft 5 Jahre. Der neue Beirat besteht aus insgesamt 15 Mitgliedern. Ihm gehören an: Das Mitglied des Vorstandes der Hannoverischen Bodenkreditbank A.-G. **Walter Astor** in Berlin-Grunewald; Architekt BDA. Regierungsbaumeister **Brunisch** in Karlsruhe.

Wer unseren Bund stärkt, stärkt sich selbst!

Für die Woche vom 25. Juni bis 1. Juli ist der 26. Bundesbeitrag für 1933 zu zahlen

ruhe: das Vorstandsmitglied der Askania A.-G. Bausparkasse Polizeimajor a. D. **Detlefson** in Düsseldorf; das Vorstandsmitglied der Süd-Union Bausparkasse A.-G. Reichsbankrat a. D. **I. Eiermann** in Stuttgart; das Vorstandsmitglied der CCN-Bausparkasse Leonberg (Württemberg) e. G. m. b. H. Dr. **W. Helmes**; Professor Geheimer Justizrat Dr. **W. Kisch** in München; das Vorstandsmitglied der Deutschen Bau- und Siedlungsgemeinschaft e. G. m. b. H. **Rudolf Lehmann** in Darmstadt; der Geschäftsführer der Beamtenbausparkasse, Heimstättengesellschaft der Deutschen Beamtenenschaft m. b. H., in Berlin **Johannes Lubahn**; Professor Dr. **Walter Mahlborg** in Freiburg i. B.; das Vorstandsmitglied der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.-G. **Hans Parthier**, Versicherungsmathematiker Dr. **Eduard Rose**, Berlin; das Vorstandsmitglied der Neuen deutschen Kreditanstalt Bausparkasse e. G. m.

Geschichte des Bolschewismus. Von Marx bis zur Gegenwart. Von Arthur Rosenberg. Rowohlt Verlag, Berlin W 50, Passauer Straße 3. Kart. 4,50 Mk., Leinen 5,80 Mk. — Wer aus tendenziösen Absichten so schreibt die „Nationalzeitung“ sich zur Wirklichkeit durcharbeiten will, der wird mit Dankbarkeit und Gewinn dieses leidenschaftslos Werk über einen so leidenschaftlichen Gegenstand lesen. Es gibt kein zweites, so sachlich gehaltenes und gerade darum kritisch so durchschlagendes Werk gegen den Bolschewismus wie dieses Buch.

Mit tiefer innerer Erschütterung erfüllen wir die schmerzliche Pflicht, von dem Scheiden unseres Geschäftsführers

August Ellinger

Kenntnis zu geben. Der rastlos für die Bauhütensache Tätige weilt nicht mehr unter uns.

Durch sein lautes, selbstloses Wesen, seine stets bewiesene gute Kameradschaft und seinen klugen Rat in allen verbands- und persönlichen Angelegenheiten ist er uns allen stets ein Vorbild schlichter, vornehmer Menschlichkeit gewesen.

„Sein Tod bedeutet für die Sache, der er sein Leben geweiht hatte, und für uns alle einen schweren Verlust. Indem wir in seinem Sinne weiterarbeiten, werden wir seine Erinnerung an seine Persönlichkeit immer lebendig erhalten.“

Berlin, den 19. Juni 1933.

Die Angestellten des Verbandes sozialer Baubetriebe.

Auf der Reise

wird gerade an heißen Tagen die herrlich erfrischende Wirkung der Chlorodont-Zahnpaste und des hochkonzentrierten Chlorodont-Mundwassers überaus angenehm empfunden. Gepflegte weiße Zähne und reiner Atem sind überall und zu jeder Zeit eine Empfehlung. Chlorodont Tube 50 Pf., große Tube 80 Pf., auch in den kleinsten Orten erhältlich.

Gummiwaren, bygem. Artikel, Preis G 1 gr., „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8

Lest **„Das Bauwerk“**

Wasserwaagen

von best. Eichensatz m. aufgeschraubt. Messingfuß Metall- u. Metall-Alu. Fuß, verstellbar.

30 40 60 cm.
p. Stk. 1,10 1,30 1,75 Mk.
Feinblei-Wasserw. st. Aufl. 1. Eisenfuß, 1/2 U. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Vertikale Waagen gratis
Wassermessungsgesellschaft
H. O. Albert Weber, Magdeburg

Bei Kopfschmerzen

Rheuma-Muskel- u. Nervenreiß

kaufen Sie in der Apotheke aber nur **Herbin Stodin**

10 Tabl. 0,60
20 Tabl. 1,05

„Sie werden angenehm überrascht sein.“
H. O. ALBERT WEBER, MAGDEBURG.